

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 12.01.2016

Mehr Chancen für und durch berufliche Bildung in Niedersachsen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die berufliche Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg Niedersachsens und zum Wohlstand seiner Einwohner. Ein wesentlicher Lernort der beruflichen Bildung sind die berufsbildenden Schulen. Etwa 160 000 Menschen besuchen in Niedersachsen berufsbildende Schulen, davon befinden sich etwa 60 % in einer dualen Berufsausbildung und 40 % in einer vollzeitschulischen Ausbildung.

Die Aufgabe des Landes ist es, die Berufsschulen einerseits besser auszustatten und ihnen andererseits mehr Freiheiten zu geben, um auf die regional und lokal sehr unterschiedlichen Herausforderungen reagieren zu können. Darüber hinaus muss das Land gemeinsam mit Auszubildenden, der Wirtschaft und ihren Verbänden, den berufsbildenden Schulen und ihren Trägern nachhaltige Lösungen erarbeiten, die die Strukturen reformieren und erhalten, um mehr Chancen für und durch berufliche Bildung in Niedersachsen zu ermöglichen. Das kann nur gelingen, wenn der Staat eine hohe Qualität an den berufsbildenden Schulen und die Ausbildungsbetriebe attraktive Arbeitsbedingungen gewährleisten. Duale Ausbildung und vollzeitschulische Ausbildung sollen dabei ebenso nebeneinander als Angebote bestehen bleiben wie berufsbildende Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich für folgende Maßnahmen, gegebenenfalls durch Initiativen im Bundesrat, einzusetzen:

- I. Qualität der beruflichen Bildung sichern und ausbauen - Langfristige demografische Rendite nutzen
 1. Praxisorientierung der beruflichen Bildung erhalten. Entgegen dem Trend zur formellen und inhaltlichen Akademisierung von Aus- und Weiterbildungen soll die Praxisnähe beruflicher Bildung erhalten werden. Bewährte Modelle vollzeitschulischer Ausbildungen sollen nicht gegen den Willen von Schulträgern und Schülern in das duale System überführt werden.
 2. Weiterer Ausbau der berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren (ReKo) und Ausweitung ihrer Entscheidungskompetenzen. Dabei müssen eine stärkere Budgetierung und eine Erhöhung der Anzahl der Abteilungsleiterstellen erfolgen, damit die berufsbildenden Schulen besser auf regionale Unterschiede und Herausforderungen reagieren können.
 3. Erhöhung der Unterrichtsversorgung durch Absenkung der Klassenteiler und der Verrechnung mit Lehrkräften der berufsbildenden Schulen, die Berufsorientierung für Schüler an allgemeinbildenden Schulen leisten.
 4. Erleichterung des Einsatzes von Externen in Schule und Unterricht an den berufsbildenden Schulen, insbesondere von Honorarkräften und Ehrenamtlichen.
 5. Erhalt eines möglichst breiten wohnortnahen Ausbildungsangebots in der Fläche. Dies soll erreicht werden durch eine möglichst lange gemeinsame Beschulung und gemeinsame Klassen und eine spätere Modularisierung und Spezialisierung im ausbildungs-

- spezifischen Unterricht. Darüber hinaus soll die Ausbildungskooperation kleiner Betriebe gefördert werden.
6. Zeitnahe Überweisung des Anteils der berufsbildenden Schulen an den Einnahmen durch Lehrgangskosten und Entgelte.
 7. Investitionsplan berufliche Bildung auflegen. Von dem Investitionsplan sollen Einrichtungen aller Träger profitieren, um die Einrichtungen den Erfordernissen der Arbeitswelt gemäß anzupassen.
 8. Einsparungen von Arbeitsaufwand durch Zusammenlegung regionaler Aufgaben wie beispielsweise der Nichtschülerprüfungen. Dies kann auch durch Rotation der Aufgaben zwischen den berufsbildenden Schulen erfolgen.
 9. Ermöglichung des schulischen Teils von Ausbildungen im Ausland. Berufsbildenden Schulen soll ermöglicht werden, im Ausland auszubilden und dabei die Kenntnis der deutschen Sprache zu fördern. Der praktische Teil der Ausbildung soll dann in Deutschland flankiert mit Integrationskursen durchgeführt werden. Insbesondere für die Ausbildung von Pflegekräften außerhalb der Europäischen Union soll dieses Modell erprobt werden.
 10. Stärkung der Kooperation von allgemeinbildenden Schulen und Unternehmen. In diesem Rahmen sollen mögliche Berufsfelder und die dazu nötigen Ausbildungen auch von den berufsbildenden Schulen vorgestellt werden.
- II. Die beste Ausbildung für jeden - Chancen eröffnen und individuelle Hürden überwinden
11. Einführung eines regionalisierbaren Curriculums Berufs- und Studienorientierung an Schulen. Die Vielzahl der bestehenden Maßnahmen der Berufs- und Studienorientierung muss evaluiert werden und gemeinsam von allgemeinbildenden Schulen, berufsbildenden Schulen, Hochschulen und Wirtschaft gebündelt werden. Im Zentrum müssen dabei immer die Jugendlichen und ihre Bedürfnisse stehen. Das Curriculum soll Perspektiven und Chancen der einzelnen Ausbildungen auch über tradierte Rollenbilder hinweg ebenso frühzeitig vermitteln wie Einblicke in die Praxis. An den Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien soll dabei einer der Schwerpunkte auf die Selbstständigkeit nach einer Ausbildung gelegt werden.
 12. Individuelles Fördern und Fordern ermöglichen. Eine stärkere Binnendifferenzierung und Modularisierung der Ausbildungen an den berufsbildenden Schulen müssen ermöglicht werden, um passende Angebote für unterschiedliche Ziele der Ausbildung zu schaffen (beispielsweise Sprachförderung, Integration, selbstständiger Meister, paralleler Erwerb der Hochschulreife, Auslandsaufenthalte).
 13. Übergangssystem zielorientiert und regional ausrichten. Den berufsbildenden Schulen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, diejenigen Maßnahmen anzubieten, die vor Ort benötigt werden. Die Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems müssen stärker gebündelt und mit Maßnahmen anderer Institutionen besser koordiniert werden, beispielsweise in Jugendberufsagenturen. Das Ziel ist dabei, denjenigen, die Unterstützung bedürfen, zu helfen, nicht aber, das Übergangssystem zu schädigen.
 14. Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung stärken. Dies ist möglich durch einen Ausbau der Kinderbetreuung, ausgeweitete Verlängerungsmöglichkeiten der (Teilzeit-)Ausbildung und intensivere Vorbereitungen für Prüfungen bei diesen.
 15. Übernahme des Schulgelds für Jugendliche, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, durch das Land und Erhöhung ihrer Zuverdienstmöglichkeiten im Rahmen der Ausbildungsvergütung. Darüber hinaus soll das Schulgeld für den Anspruch auf die Transferleistungen angerechnet werden.
 16. Erleichterung des Übergangs von vorzeitiger Exmatrikulation in eine Ausbildung. Dazu gehören die erleichterte wechselseitige Anrechnung von Leistungen aus Studium und

Ausbildung, intensivere Beratung von Studierenden und Streichung der Nachteile bei Wiederaufnahme des Studiums nach der Ausbildung.

17. Flüchtlinge für Ausbildungen gewinnen. Flüchtlinge sollen bereits während des Antragsverfahrens die Möglichkeit haben, sich für Lehrstellen im dualen System zu bewerben. Wer eine Lehrstelle bekommt, soll unabhängig vom Ausgang des Asylverfahrens seine Ausbildung in Deutschland abschließen und hier arbeiten dürfen. Flüchtlinge sollen darüber hinaus bereits während ihres Asylverfahrens eine vollzeitschulische Ausbildung beginnen können.
18. Zuweisung zusätzlicher Ressourcen an berufsbildende Schulen, um Flüchtlinge bis zum Alter von 25 Jahren auch nach Ende der Schulpflicht aufnehmen und qualifizieren zu können.

Begründung

Gut ausgebildete Fachkräfte sind weiterhin stark nachgefragt. In zahlreichen Berufsfeldern droht gar ein Fachkräftemangel, der Arbeitnehmern und Selbstständigen mit Ausbildung hervorragende wirtschaftliche Perspektiven eröffnet. Die Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze sinkt dennoch nicht nur in absoluten Zahlen aufgrund des demografischen Wandels, sondern auch gemessen am Anteil eines Jahrgangs, da immer mehr junge Menschen studieren. Mehr und mehr gerät ein Ausbildungssystem aus dem Blick, das nicht nur eine große Vielfalt an beruflicher Entwicklung bietet, sondern auch sichere Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zur Selbstständigkeit.

Die berufliche Bildung als Alternative zur Ausbildung an Hochschulen ist in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit zu einem internationalen Vorbild geworden. In Deutschland selbst erfährt die berufliche Bildung weit weniger Anerkennung, sei es durch die Politik, die Öffentlichkeit oder die potenziellen Auszubildenden selbst. Das Ansehen und die Rahmenbedingungen der beruflichen Ausbildung in Niedersachsen müssen daher durch eine gemeinsame Kraftanstrengung des Landes, der Wirtschaft und der berufsbildenden Schulen gestärkt werden. Es gilt, die Auswirkungen des demografischen Wandels zu gestalten und die langfristige demografische Rendite für Qualitätssteigerungen zu nutzen.

Studien haben gezeigt, dass fast jeder sechste Berufsschüler mit der fachlichen Qualität seiner Berufsschule unzufrieden ist und jeder Dritte beklagt, dass Unterrichtsmaterialien und technische Gerätschaften nicht auf dem neuesten Stand sind. Die Berufsschulen wiederum kritisieren, dass sie zu wenig Spielräume bei der Verwendung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel haben.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer